Warum verleugnete der EU-Abgeordnete Herbert Dorfmann (SVP) die Geschichte seiner eigenen Partei?

Internetseite des EU-Parlamentariers Herbert Dorfmann www.herbert-dorfmann.eu

Am 22. November 2023 richtete der „Südtiroler Heimatbund“ (SHB) folgendes Schreiben an den EU-Parlamentarier Herbert Dorfmann (SVP):

„Sehr geehrter Herr Herbert Dorfmann,

am 20. November 2023 wurde auf der Internetseite der „Neuen Südtiroler Tagezeitung“ ein Artikel mit dem Titel „Großzügige Autonomie“ (https://www.tageszeitung.it/2023/11/20/grosszuegige-autonomie/) veröffentlicht, in welchem eine Wortmeldung von Ihnen, dem EU-Abgeordneten der „Südtiroler Volkspartei“ (SVP), wiedergegeben ist:

> *„Wir als SVP sehen es als unser primäres Ziel an, die Südtiroler Autonomie auszubauen. Wir haben nie Unabhängigkeitsbestrebungen gehabt.“*
>
> *Als ehemaligem Lehrer und Bürgermeister ist Ihnen mit Sicherheit bekannt, dass Ihre Partei seit der Gründung im Jahre 1945 Jahrzehnte lang die Rückkehr nach Österreich und die Selbstbestimmung gefordert hat.*
>
> *Als die Lage in Südtirol unerträglich wurde, bat der SVP-Obmann Dr. Silvius Magnago am 1. August 1959 den österreichischen Außenminister Dr. Kreisky, vor der UNO das Selbstbestimmungsrecht für Südtirol einzufordern.*

Es kam 1961 zu der berühmten „Feuernacht“. Es wird Ihnen wohl bekannt sein, dass der Gründer des Befreiungsausschusses (BAS), Sepp Kerschbaumer, SVP-Ortsobmann von Frangart gewesen war. Er war 1961 verhaftet worden und nach erlittener Folter 1964 in der Haft verstorben. Kerschbaumer hatte so wie seine Mitstreiter und wie führende SVP-Politiker die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechtes zum Ziel gehabt.

Der „Südtiroler Heimatbund“ (SHB) hat kein Verständnis dafür, dass man die Geschichte durch Leugnung erwiesener Tatsachen verdreht.

Wir bitten Sie im Andenken an erbrachte Opfer mutiger Landsleute daher, dass Sie Ihre zitierte Behauptung der Wahrheit zuliebe öffentlich zurücknehmen.

Roland Lang
Obmann des Südtiroler Heimatbundes“

Einen Tag später antwortete Dorfmann auf dieses Mail und relativierte seine vorherige Behauptung. Er schrieb:

„Sehr geehrter Herr Lang,

herzlichen Dank für Ihre Rückmeldung.

Ich weiß natürlich, dass das Recht auf Selbstbestimmung in unserem Parteistatut festgeschrieben ist und wir dieses Grundrecht der Völker auch immer verteidigt haben.

Spätestens seit der Zustimmung der Südtiroler Volkspartei zum zweiten Autonomiestatut im Jahr 1969 hat meine Partei eine klare Entscheidung getroffen, wir arbeiten für den Ausbau der Autonomie in unserem Land. Wir haben gegenüber dem Staat Italien auch immer klargestellt, dass dies für uns nicht eine Zwischenlösung ist, sondern dass wir in einer starken Region Südtirol im Rahmen eines europäischen Einigungsprozesses arbeiten und dass das Selbstbestimmungsrecht für uns dann greifen würde, wenn der Staat Italien seine völkerrechtlichen

Auflagen nicht nachkommt.

Diese Position hat uns erlaubt Südtirols Autonomie dorthin zu bringen wo sie ist

Mit freundlichen Grüßen,
Herbert Dorfmann“

Man darf natürlich fragen: Wenn Herr Dorfmann „*natürlich*“ weiß, dass das Recht auf Selbstbestimmung in dem Statut seiner Partei festgeschrieben ist, warum hatte er dann eine falsche Erklärung abgegeben?

Hatte dies etwa mit weiteren Karrierewünschen im Rahmen der von Arno Kompatscher bestimmten SVP-Politik zu tun?

Die öffentliche Zurücknahme seiner Falschbehauptung hat Dorfmann bis jetzt jedenfalls nicht vorgenommen.

Der „Südtirol-Informationsdienst“ (SID) erledigt dies daher an seiner Stelle durch die obige Veröffentlichung der Emails.

Zudem teilen wir unseren Lesern und auch Herrn Dorfmann mit, wie oft und in welchem Ausmaß die „Südtiroler Volkspartei“ (SVP) immer wieder die Landeseinheit Tirols gefordert und das Recht auf Selbstbestimmung bekräftigt hat.

Dokumentation: SVP – Landeseinheit – Selbstbestimmung

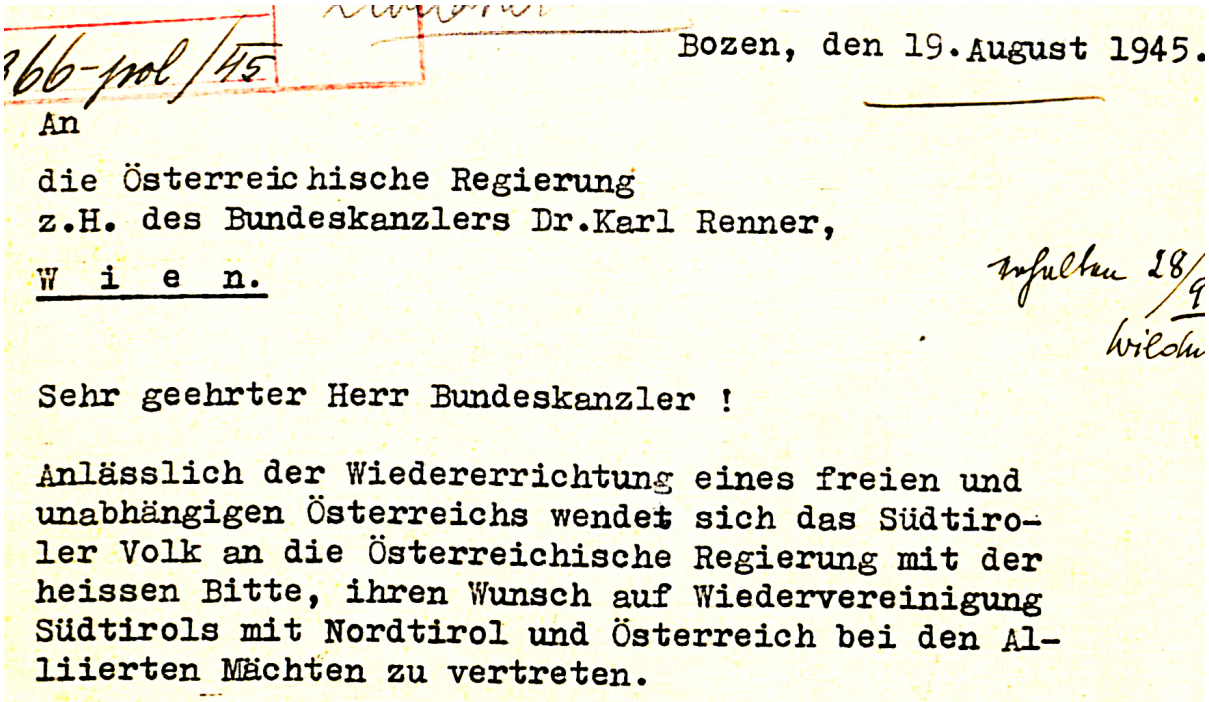
1945: Programm der neugegründeten SVP
Am 19. Mai 1945 veröffentlichten die „Dolomiten“ das Programm der SVP:

Programm:

1. Nach 25jähriger Unterdrückung durch Faschismus und Nationalsozialismus den kulturellen, sprachlichen und wirtschaftlichen Rechten der Südtiroler auf Grund demokratischer Grundsätze Geltung zu verschaffen.
2. Zur Ruhe und Ordnung im Lande beizutragen.
3. Seine Vertreter zu ermächtigen — unter Ausschluß aller illegalen Methoden — den Anspruch des Südtiroler Volkes auf Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes bei den alliierten Mächten zu vertreten.

1945: Petition der SVP an den österreichischen Bundeskanzler

Am 15. August 1945 richteten der **Obmann der neu gegründeten „Südtiroler Volkspartei“ (SVP), Erich Amonn, und sein Generalsekretär Dr. Josef Raffeiner** ein Schreiben an den österreichischen Bundeskanzler Dr. Karl Renner, in welchem sie in baten, sich für die Wiedervereinigung Tirols einzusetzen.



366-pol/45

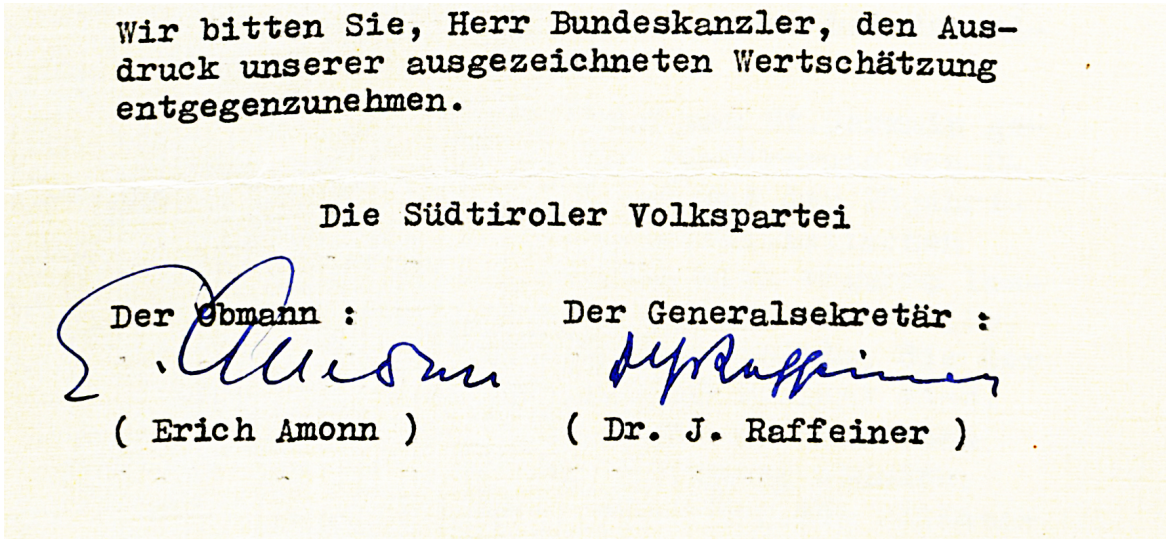
Bozen, den 19. August 1945.

An

die Österreichische Regierung
z.H. des Bundeskanzlers Dr. Karl Renner,
W i e n.

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler !

Anlässlich der Wiedererrichtung eines freien und unabhängigen Österreichs wendet sich das Südtiroler Volk an die Österreichische Regierung mit der heissen Bitte, ihren Wunsch auf Wiedervereinigung Südtirols mit Nordtirol und Österreich bei den Alliierten Mächten zu vertreten.



Wir bitten Sie, Herr Bundeskanzler, den Ausdruck unserer ausgezeichneten Wertschätzung entgegenzunehmen.

Die Südtiroler Volkspartei

Der Obmann : (Erich Amonn)

Der Generalsekretär : (Dr. J. Raffeiner)

Auszüge aus dem Schreiben der SVP vom 19. August 1945 (Österreichisches Staatsarchiv, BMfAA II-pol Südtirol 1945, Karton 1, GZl 478-pol)

1945: Erklärung der „Südtiroler Volkspartei“ (SVP)

Am 29. November 1945 veröffentlichte das Organ der SVP, der „Volksbote“, einen Beschluss des Zentralkomitees der SVP, in dem es hieß, dass die Gewährung des Selbstbestimmungsrechtes ***„die einzig mögliche Lösung der Südtiroler Frage“*** sei.:



Erklärung der Südtiroler Volkspartei

Der Zentralausschuß sieht in der Gewährung des Selbstbestimmungsrechtes nach wie vor die einzig mögliche Lösung der Südtiroler Frage auf demokratischer Basis und darin zugleich die sicherste Gewähr für dauernd freundschaftliche Beziehungen der beiden an dieser Frage interessierten Nachbarvölker, die nicht nur im Interesse der in Südtirol lebenden Volksgruppen, sondern vor allem in jenem eines dauernden Friedens liegen.

1946: Selbstbestimmung – „einhelliger Wunsch des Südtiroler Volkes“

Am 1. Juni 1946 veröffentlichten die „Dolomiten“ auch im Namen der SVP eine dringende Bitte der Südtiroler an die Alliierten. In diesem Schreiben bezeichnete der **SVP-Obmann Erich Amonn** das **Verlangen nach Selbstbestimmung als *„einhelligen Wunsch des Südtiroler Volkes“*.**

Dolomiten

Tagblatt der Südtiroler

Anzeigenpreise: Die 66 mm breite mm-Zeile 15 L. — Kleine Anzeigen nach besonderem Tarif. Die Steuer wird eigens berechnet. — Anzeigenvertretung außerhalb der Provinz Bozen bei allen Filialen der Società Pubbl. Ital.

Bezugsgebühr: Monatlich 101 L., vierteljährl. 301 L., ganzjährig 1201 L., Einzelpreis 5 L. — S. I. a. p. — Conto-corrente post. 14712. — Abonn.-Einzahlungen bei den Athesia-Geschäftsstellen Bozen, Brixen, Bruneck, Meran, Sterzing.

Nr. 125 | Samstag, 1. Juni 1946 | 23. Jahrgang

Dringende Bitte der Südtiroler

an die Großmächte, ihnen hinsichtlich der Lösung der Südtiroler Frage ihren Standpunkt durch ihre Vertreter darlegen zu dürfen

italienisch-österreichischen Grenze zu vertreten. Die S.V.P., die über 70.000 Mitglieder zählt, und die Sozialistische Partei Südtirols, die zusammen die Gesamtheit der bodenständigen Bevölkerung unseres Landes vertreten, glauben mit Recht verlangen zu können, daß vor der endgiltigen Entscheidung über die Südtiroler Frage der einhellige Wunsch des Südtiroler Volkes gehört und berücksichtigt werden muß, der nach wie vor dahin geht, ihr die Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes für ganz Südtirol vom Brenner bis Salurn zu gewähren, da dies die einzig mögliche gerechte Lösung auf demokratischer Basis darstellt.

Im Vertrauen darauf, daß der wiederholt zum Ausdruck gebrachte Wille des Südtiroler Volkes, um dessen Schicksal es ja geht, nicht unberücksichtigt gelassen werden kann, richten wir an die vier Großmächte die dringende Bitte, daß den Vertretern der beiden unterzeichneten Parteien die Möglichkeit gegeben wird, den Standpunkt des Südtiroler Volkes selbst in der geeigneten Weise darlegen zu dürfen.

Für die Südtiroler Volkspartei
Der Obmann: Erich Amonn

Für die Sozialistische Partei Südtirols
Für den Obmann: Ratschiller

1946: Appell der SVP an die alliierte Friedenskonferenz

Am 8. August 1946 veröffentlichten die „Dolomiten“ einen Appell der SVP an die Friedenskonferenz der alliierten Siegermächte:



Dolomiten

Tagblatt der Südtiroler

Nr. 179 | Donnerstag, 8. August 1946 | 23. Jahrgang

Appell der Südtiroler Volkspartei an die Friedenskonferenz

Wie uns mitgeteilt wird, hat die Südtiroler Volkspartei an sämtliche 21 auf der Friedenskonferenz vertretenen Nationen einen ausführlichen und feierlichen Appell gerichtet, in dem sie noch einmal die Gewährung des Selbstbestimmungsrechtes gemäß der Atlantik-Charter fordert.

1953: SVP-Angeordneter Dr. Otto von Guggenberg: Selbstbestimmung „heiliges Recht“ und „keinem Verzicht unterworfen“

Am 7. Oktober 1953 berichteten die „Dolomiten“ über eine sehr deutliche Erklärung des SVP-Parlamentsabgeordneten Dr. Otto von Guggenberg in der Abgeordnetenkammer des italienischen Parlaments.

Einzelnummer 25 Lire

Dolomiten

Tagblatt der Südtiroler

Anzeigenpreise: Die 43 mm breite mm-Zeile 75 Lire. — Kleine Anzeigen nach besonderem Tarif. Die Steuer wird eigens berechnet. Anzeigenvertretung außerhalb der Provinz Bozen bei allen Filialen der Società Pubblicità Italiana. — Oesterreich und Deutschland: Tyrolia, Innsbruck Maximilianstraße 9. — Die Redaktion behält sich das Recht vor, Inseratenaufträge allenfalls zurückzuweisen.

Bezugspreis: jährlich 4250 Lire, halbjährlich 2250 Lire, vierteljährlich 1200 Lire, monatlich 600 Lire; Ausland: monatlich 900 Lire. — Postkontokorrent Nummer 14/713 — Einzahlungen bei allen Athesia-Buchhandlungen — Im Postabonnement.

Direktion, Schriftleitung, Verwaltung und Druckerei, Bozen, Museumstr. 42 und 42a. Telephon: Direktor 3361, Schriftleitung, Verwaltung und Druckerei Athesia 2776, 2777, 2778, 2779.

Nr. 229 | Mittwoch, den 7. Oktober 1953 | 30. Jahrgang

Dr. v. Guggenberg erklärt in der Römischen Kammer:

«Selbstbestimmungsrecht immer und überall»

«Leider wurde uns Südtirolern dieses Recht schon zweimal verweigert»

«Für uns bleibt es ein heiliges Recht»

Für uns ist und bleibt und wird es immer ein heiliges Recht bleiben, das keinem Verzicht unterworfen sein kann, weder von denen, welchen es zusteht, noch weniger von Dritten in ihrem Namen.

1953: Beschluss des SVP-Parteiausschusses

Am 16. Oktober 1953 veröffentlichten die „Dolomiten“ einen „Beschluss des Parteiausschusses der SVP“, in welchem das **Selbstbestimmungsrecht** als ***„heiliges Grundrecht“*** bezeichnet wurde.

Beschluß des Parteiausschusses der SVP

Der Parteiausschuß der Südtiroler Volkspartei faßte in seiner Sitzung am 12. Oktober einstimmig folgenden Beschluß:

„Der Parteiausschuß spricht nach eingehender Erörterung den Parlamentariern der SVP. seinen Dank dafür aus, daß sie das Selbstbestimmungsrecht des Südtiroler Volkes in ihren Erklärungen als ein heiliges Grundrecht erneut vertreten und bekräftigt haben und bringt dafür ihnen einstimmig sein vollstes Vertrauen zum Ausdruck.

Er dankt gleichzeitig den „Dolomiten“ und dem „Volksboten“ für ihr mannhaftes und klares Eintreten zu Gunsten des Selbstbestimmungsrechtes unseres Volkes.

Er beauftragt die Parteileitung die vorstehende Erklärung in der Presse zu veröffentlichen.“

1957: Forderung nach Selbstbestimmung

Am 28. Mai 1957 beschloss der Jahreskongress der „Südtiroler Volkspartei“ (SVP) eine Resolution, in welcher sie die Forderung nach **Selbstbestimmung** erhob, *„falls eine angemessene Lösung der Probleme dieser Volksgruppe nicht erreicht werde.“*

Südtiroler wollen nicht Minderheit werden

Scharfe SVP-Resolution fordert Selbstbestimmung

BOZEN (AP). Die Südtiroler Volkspartei erklärte in einer gestern veröffentlichten Entschließung ihres Jahreskongresses, sie werde für die deutschsprachige Bevölkerung Südtirols das Recht der Selbstbestimmung verlangen, falls eine angemessene Lösung der Probleme dieser Volksgruppe nicht erreicht werde. Sie beanspruche das gleiche Recht auf eine Volksabstimmung, wie es der italienische Außenminister Pella für Triest gefordert habe.

1960: Entschließung der SVP-Landesversammlung: Drängen des Volkes auf Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes



Am 7. Mai 1960 verabschiedete die außerordentliche Landesversammlung der „Südtiroler Volkspartei“ (SVP) folgende Entschließung:

,,Trotz aller bitteren Enttäuschungen richtet die

Landesversammlung nochmals den *eindringlichen Appell an Parlament und Regierung des italienischen Staates, endlich für das Land Südtirol allein, losgelöst vom Trentino, eine echte Landesautonomie … zu gewähren …* ***Falls Italien diese europäische Haltung der Südtiroler nicht zu würdigen wissen sollte, und falls alle Bemühungen auf innerstaatlicher und internationaler Ebene um eine echte Landesautonomie scheitern würden, erklärt sich die Landesversammlung außerstande, das Drängen des Volkes auf Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes aufzuhalten!“***

1961: Selbstbestimmung, falls keine Verhandlungslösung

Am 25. März 1961 stellte die Landesversammlung der „Südtiroler Volkspartei“ (SVP) die **Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes** in den Raum, für den Fall, dass keine Verhandlungslösung in der Südtirolfrage gefunden werde.



NUMMER 2 / APRIL 1961

Erscheinungsort Innsbruck
Verlagspostamt Innsbruck 2 P. b. b

Südtiroler Ruf

MITTEILUNGSBLATT DES BERGISEL-BUNDES

Herausgeber und Schriftleitung: Bergisel-Bund, Bundesleitung Innsbruck. Für den Inhalt verantwortlich: Dr. Eduard Widmoser. Eigentümer und Verleger: Bergisel-Bund, Bundesleitung Innsbruck, alle Innsbruck, Herrengasse 3. — Erscheint alle zwei Monate. — Druck: Verlagsanstalt Tyrolia G. m. b. H., Innsbruck, Andreas-Hofer-Straße 4.

Entschließung

der Landesversammlung der Südtiroler Volkspartei vom 25. März 1961

Die Grundsätze des Risorgimento müssen auch für Südtirol gelten

An diesem denkwürdigen Tage, da der Präsident der Republik die Hundertjahrfeier der Einigung Italiens verkündet, bekennt sich das Volk von Südtirol einmütig zu jener Idee des Risorgimento, die die Staatszugehörigkeit nach dem Grundsatz des Selbstbestimmungsrechtes beinhaltet.

Es sieht in der Erfüllung dieses elementaren Grundsatzes die natürliche Voraussetzung für den gerechten und dauerhaften Frieden der Völker.

Im Sinne der Resolution der Vereinten Nationen soll jedoch auf dem Boden des Pariser Vertrages unter opferbereiter Zurückstellung jenes vornehmen Grundsatzes des Risorgimento noch einmal die Lösung des Südtirolproblems versucht werden.

Die Landesversammlung erklärt somit für das Südtiroler Volk, diesem letzten Versuche auf zwischenstaatlicher Ebene und der Anwendung anderer von der UNO empfohlener, friedlicher, politischer Mittel zuzustimmen.

Sie erklärt aber auch, daß sie vom Südtiroler Volke nicht Geduld bis zur Selbstaufgabe verlangen und erwarten kann.

Die Landesversammlung fordert daher die Partei als politische Willensträgerin des Südtiroler Volkes im Geiste der oben ausgesprochenen Ideale auf, im Falle des Scheiterns der in der UNO-Resolution vorgesehenen Schlichtungsmittel nicht zu zögern und dem Willen des Volkes Rechnung zu tragen.

Bozen, am 25. März 1961

1972 und 1975: Recht auf Selbstbestimmung unverzichtbar

Am 2. Dezember 1972 fand in Meran die 23. ordentliche Landesversammlung der „Südtiroler Volkspartei“ (SVP) statt. In einem neuen Grundsatzprogramm wurde das **Selbstbestimmungsrecht für unverzichtbar** erklärt:

„Das in der UNO-Charta verankerte Recht auf Selbstbestimmung bleibt unverzichtbar. *Die SVP betrachtet jedoch das Pariser Abkommen vom 5. September 1946 als Grundlage für die natürliche Entwicklung der Tiroler Minderheit im italienischen Staat.“*

Am 5. August 1975 verlangte der **SVP-Senator Dr. Peter Brugger** die **Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes** für den Fall, dass

Italien kommunistisch werden sollte. Und am 18. September 1975 gab die Parteileitung der Südtiroler Volkspartei folgende Stellungnahme ab: ***„Die Parteileitung bekennt sich zu dem am 2. Dezember 1972 von der Landesversammlung genehmigten Programm, wonach das in der UNO-Charta verankerte Recht auf Selbstbestimmung unverzichtbar bleibt.“***

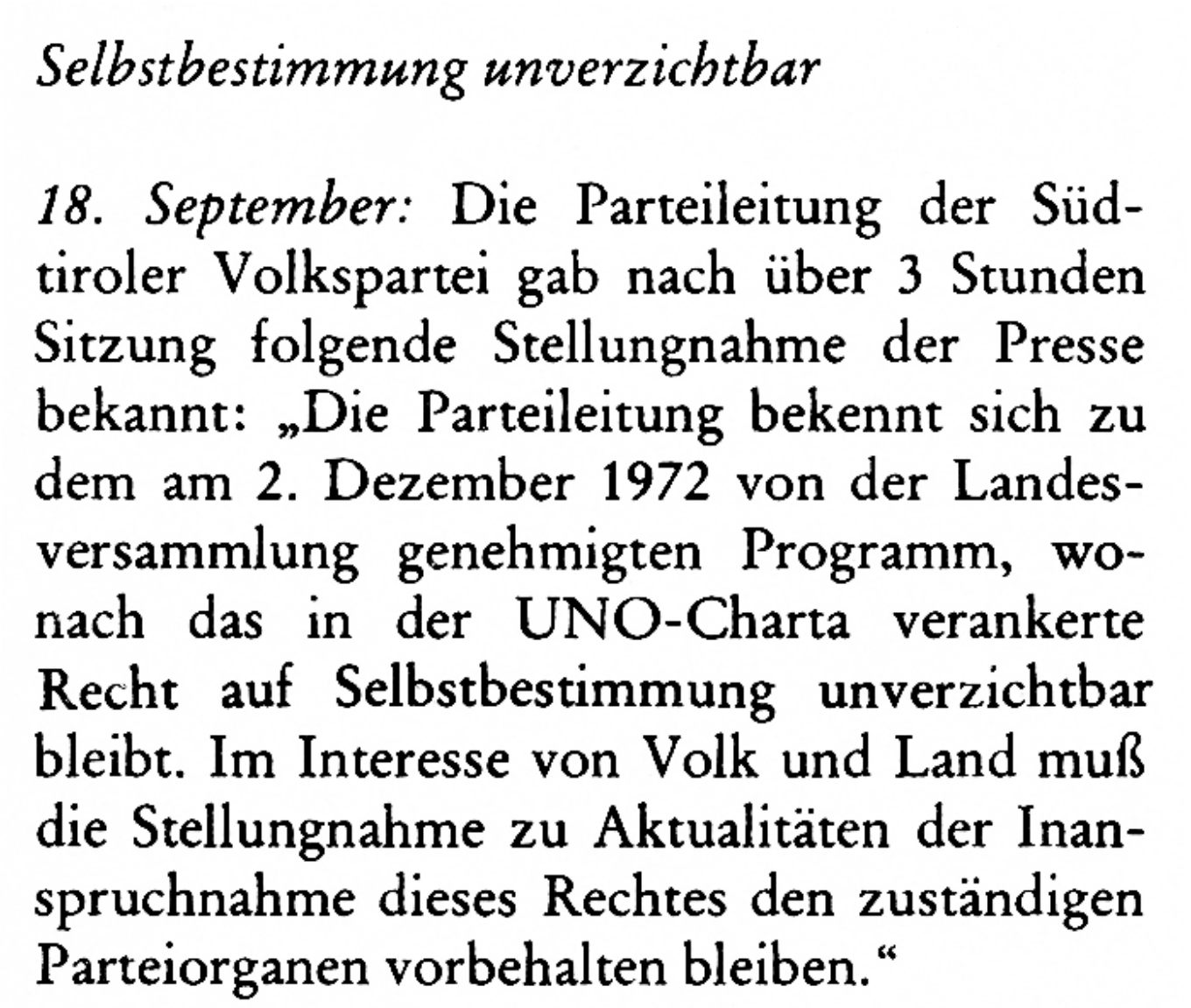
Es geschah in Südtirol

Beilage zur Zeitschrift „Südtirol in Wort und Bild“

1975/4

Senator Dr. Brugger verlangt die Selbstbestimmung

5. August: Die Trentiner Tageszeitung „L' Adige" brachte ein Interview mit Senator Dr. Peter Brugger, der die Selbstbestimmung verlangt, wenn Italien kommunistisch wird. Laut Interview erklärte Dr. Brugger: „Wenn die Kommunisten oder eine Volksfrontre gierung an die Macht kommen sollten, könnten wir Südtiroler auch die Selbstbestimmung verlangen." Forderung nach einer Volksbefragung in dieser Richtung wird von Dr. Brugger für „sehr wahrscheinlich" gehalten, falls sich die Dinge „zum schlechteren" wenden sollten. „Wenn wir zur Selbstbestimmung kommen sollten, würden uns alle Südtiroler und mit ihnen auch viele Italiener folgen. Daß sie für Österreich ausginge, kann als abgemacht gelten."



Selbstbestimmung unverzichtbar

18. September: Die Parteileitung der Südtiroler Volkspartei gab nach über 3 Stunden Sitzung folgende Stellungnahme der Presse bekannt: „Die Parteileitung bekennt sich zu dem am 2. Dezember 1972 von der Landesversammlung genehmigten Programm, wonach das in der UNO-Charta verankerte Recht auf Selbstbestimmung unverzichtbar bleibt. Im Interesse von Volk und Land muß die Stellungnahme zu Aktualitäten der Inanspruchnahme dieses Rechtes den zuständigen Parteiorganen vorbehalten bleiben."

1980: Landesversammlung der Südtiroler Volkspartei (SVP) – Selbstbestimmung unverzichtbar

Die Landesversammlung der Südtiroler Volkspartei (SVP) nahm am 22.3.1980 mit nur einer Gegenstimme und 5 Enthaltungen eine von dem Südtiroler Heimatbund (Organisation ehemaliger politischer Häftlinge) und einer Kommission der SVP-Leitung eingebrachte Entschließung an, in welcher gefordert wurde, ***„den unverzichtbaren Anspruch auf Selbstbestimmung wachzuhalten."*** Das Autonomie-Paket, so hieß es weiter in der Resolution, könne den ethnisch-kulturellen und wirtschaftlichen Bestand der Südtiroler alleine nicht gewährleisten. Die SVP möge an die Schutzmacht Österreich den Antrag stellen, *„die zuständigen internationalen Instanzen von dieser Sachlage zu verständigen."*

(Die SVP unternahm allerdings nichts dergleichen.)

1983: Landesversammlung der Südtiroler Volkspartei (SVP) – Selbstbestimmung unverzichtbar

SVP-Parteiobmann Silvius Magnago brachte am 17.12.1983 auf der Landesversammlung der SVP folgenden Antrag ein, der mit überwältigender Mehrheit angenommen wurde:

„Die Landesversammlung bekräftigt erneut, dass das Selbstbestimmungsrecht für Südtirol im Sinne aller einschlägigen internationalen Bestimmungen einschließlich der UN-Menschenrechtspakte von 1966 unverzichtbar bleibt und verweist diesbezüglich auf ihre Resolution vom 22. März 1980. Die Landesversammlung ist jedoch gleichzeitig überzeugt, dass die konkrete Anrufung des Selbstbestimmungsrechtes zum jetzigen Zeitpunkt nicht realistisch ist.

Die Art und Weise und der Zeitpunkt der Inanspruchnahme des Selbstbestimmungsrechtes hängen von Bedingungen ab, die sich aus historisch-politischen Möglichkeiten ergeben können. Sollte sich in Zukunft eine reelle Möglichkeit bieten, eine Änderung herbeizuführen, auch eine Grenzänderung, so wird es die Südtiroler Volkspartei sein, ohne sich dabei von anderen Kräften treiben zu lassen, die von sich aus die Initiative dazu ergreifen wird; dies ganz unabhängig davon, ob wir uns als ein Volk oder eine Volksgruppe bzw. Sprachminderheit bezeichnen können.

Die Landesversammlung erklärt in Anlehnung an die Aussage des außenpolitischen Ausschusses des österreichischen Nationalrates vom 1. 10. 1946, dass der Pariser Vertrag keinen Verzicht auf das Selbstbestimmungsrecht bedeutet.

An der Haltung der SVP wird sich diesbezüglich nichts ändern.“

1984: SVP-Landessekretär: Selbstbestimmungsrecht ist unverzichtbar

Unter diesem Titel brachten die „BIB Mitteilungen des Bergisel-Bundes“ von Wien-Niederösterreich-Burgenland in ihrer

Ausgabe Nr. 2 vom Juni 1984 ein Interview mit dem **Landessekretär der Südtiroler Volkspartei, Dr. Bruno Hosp**, in welchem dieser sagte:

„Selbstbestimmung über das politische Schicksal ist ein immerwährendes Recht und steht jeder Generation zu, vor allem dann, wenn eine vorausgehende Generation unter Zwang auf dieses Recht verzichtet haben sollte. Ein solcher Verzicht mag noch so verständlich sein, moralisch Dauergeltung besitzt er nicht. Eine Anerkennung der Brennergrenze, die Tirol noch heute gewaltsam durchschneidet und darum im moralischen Sinne ein seit 1919 bestehendes Verbrechen an den Deutschosterreichern im heutigen italienischen Staatsgebiet darstellt, kommt nie in Frage. Eine volle Paketverwirklichung ändert dies nicht, auch wenn Italien es noch so gerne möchte.

1991: SVP-Parlamentsabgeordneter forderte Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes

Am 1.9.1991 veröffentlichte die italienische Presse in Bozen einen ihr durch Indiskretion zugegangenen vertraulichen Brief des **SVP-Kammerabgeordneten Dr. Ferdinand Willeit** an die SVP-Parteileitung. Darin erklärte Willeit, dass seiner Meinung nach der Zeitpunkt dafür gekommen sei, dass die SVP-Parlamentarier in Rom einen **Begehrensantrag für die Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes in Südtirol** einbrächten.

Der Brief schlug hohe Wellen in der Öffentlichkeit. Die SVP-Spitze lehnte jedoch den Willeit-Vorschlag ab.

1992: Landeshauptmann Durnwalder (SVP) – Mehrheit wäre für Rückkehr nach Österreich

Am 12. 6. 1992 brachte das österreichische ÖVP-Parteiorgan „Neues Volksblatt“ ein Interview mit dem Südtiroler Landeshauptmann Dr. Durnwalder, in welchem dieser erklärte:

„Wenn man den Südtirolern das Selbstbestimmungsrecht gewährte und sie abstimmen ließe, dann garantiere ich, dass eine Mehrheit für eine Rückkehr nach Österreich zustande kommen

würde. Es ist das Natürlichste, dass zusammengehört, was Jahrhunderte zusammengewachsen ist, und der Landeshauptmann von Südtirol sicherlich für Tirol stimmen würde.“

1992: SVP-Parteiausschuss – Unabhängigkeit Südtirols in den Raum gestellt

Am 9. November 1992 beschloss der Parteiausschuss der „Südtiroler Volkspartei“ (SVP) in einer Resolution an die SVP-Landesversammlung die Forderung, dass die Südtirol-Autonomie zu einer „Europaregion Tirol“ weiterentwickelt werde. Gleichzeitig wurde auf die ***„Unverzichtbarkeit des Selbstbestimmungsrechtes“*** hingewiesen.

Am 21. November 1992 wurde diese Resolution von der SVP-Landesversammlung mit überwältigender Mehrheit angenommen.

Der **SVP-Parteiobmann Dr. Roland Riz** richtete in seiner Rede hinsichtlich der mangelnden Umsetzung von „Paket“-Bestimmungen mahnende Worte an die italienische Regierung und drohte ***„als letzte Konsequenz mit der Ausrufung der Unabhängigkeit Südtirols, wenn sich Rom nicht unzweideutig zu einer internationalen Absicherung der Südtirol-Autonomie bekenne.“*** (APA 22. 11. 92)

Am 22. November 1992 berichtete die Südtiroler „Zeitung am Sonntag“ unter dem Titel **„Riz: Bei Wortbruch für Unabhängigkeit“** über die SVP-Landesversammlung von Vortag. In dem Artikel hieß es: „Riz wörtlich: **‚Dann verlangen wir unsere Unabhängigkeit und werden diese auch ausrufen!‘**“

1994: SVP-Obmann – Selbstbestimmung, wenn Autonomieverletzungen

Im Dezember 1994 erklärte der **Obmann der Südtiroler Volkspartei (SVP), Dr. Siegfried Brugger**, gegenüber den Medien: Sollte es unter einer neuen Rechtsregierung neuerlich Autonomieverletzungen geben, wäre Selbstbestimmung ***„die weitere Entwicklung.“*** Man werde dann die Südtirolfrage internationalisieren und ***„die Selbstbestimmung ausrufen.“***

1999: Altlandeshauptmann DR. Magnago – Mehrheit würde für Österreich stimmen

Am 23. November 1999 erschien in der „Neuen Südtiroler Tageszeitung“ ein Interview mit dem Südtiroler **Altlandeshauptmann Dr. Silvius Magnago** unter dem Titel ***„Noch sind wir nicht so verdorben“***:

Magnago sagte: *„Wenn es zu einer Abstimmung kommen würde, würde die Südtiroler Volkspartei die Zeit nutzen, eine Überzeugungskampagne zu führen. Diese würde immer dazu führen,* ***dass die Mehrheit der Südtiroler für die Zugehörigkeit zu Österreich stimmen würde. Darüber habe ich keinen Zweifel.*** *Die Selbstbestimmungsgegner würden dann sicher das Geld als Argument anführen. Aber noch hat uns das viele Geld nicht so sehr verdorben, dass wir nur daran denken.“*

2006: SVP strebt laut ihrem Parteiprogramm die Selbstbestimmung an

Am 24. Juni 2006 veröffentlichten die „Dolomiten“ ein Interview mit dem **SVP-Obmann Elmar Pichler-Rolle**, in welchem dieser darauf verwies, dass die „Südtiroler Volkspartei“ (SVP) gemäß ihrem Parteiprogramm die Selbstbestimmung anstrebe.



SCHÜTZENPETITION (3) / SVP-Obmann

„Eine politische Meinungsäußerung“

Pichler-Rolle: Fordern Selbstbestimmung, wenn Staat einseitig Spielregeln verletzt

Bozen – „Ich weiß nichts von Ermittlungen." SVP-Obmann Elmar Pichler-Rolle fiel gestern aus allen Wolken: „Die Petition war eine politische Meinungsäußerung. Das wäre ja noch schöner, wenn wir uns von jemandem vorschreiben lassen müssten, was wir denken dürfen."

„Dolomiten": Herr Pichler-Rolle, gegen Sie und 112 Ihrer Kollegen wurde nach der Schützenpetition ermittelt...

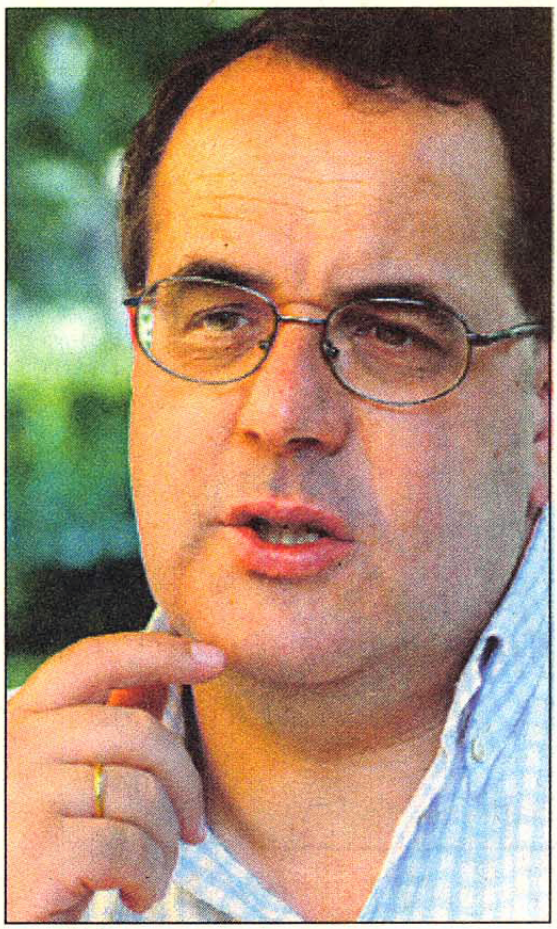
Elmar Pichler-Rolle: Davon wusste ich nichts, ich denke, auch die anderen wussten es nicht. Ich wurde nicht informiert, und ich wurde auch nicht befragt oder angehört.

„D": Die Forderung nach Selbstbestimmung war vor Änderung des Strafgesetzes ja ein Anschlag auf die Einheit des Staates.

Pichler-Rolle: Ich kann nur wiederholen: Wir haben eine politische Meinung kundgetan, und das ist wohl außerhalb jeglicher strafrechtlicher Handlung, und auch die Verfassung dürfte wohl die freie Äußerung einer politischen Meinung über alles andere stellen. Wir haben uns damals nur erlaubt vorzuschlagen, die Selbstbestimmung Südtirols als Passus in die österreichische Verfassung aufzunehmen.

„D": Will denn die SVP die Selbstbestimmung?

Pichler-Rolle: Letzthin ist darüber ja viel diskutiert worden. Im Parteiprogramm steht, dass wir die Selbstbestimmung anstreben – die Forderung danach behalten wir uns vor. Die



Pichler-Rolle: Recht auf freie Meinungsäußerung. Foto: „D"/eg

Forderung nach Selbstbestimmung steht jedem Volk zu, und wir werden darauf zurückkommen, wenn der Staat einseitig Spielregeln verletzt. Grundsätzlich steht die SVP zur Autonomie.

„D": Das letzte Wort zum Thema Selbstbestimmung ist jedenfalls noch nicht gesprochen...

Pichler-Rolle: Nein. Vor allem als Minderheit im Staat steht uns die Forderung danach zu. Und wie gesagt: Für uns wird die Frage dann aktuell, wenn der Staat einseitig Versprechen bricht. Aber darüber zu reden, lassen wir uns nicht verbieten. Das wäre ja noch schöner, wenn wir uns vorschreiben lassen müssten, was wir zu denken haben.

Interview: Ulrike Huber

2007: Südtiroler Landtag lehnte italienischen Grundsatzantrag für Verbleib bei Italien ab

Am 7. Februar 2007 lehnte der Südtiroler Landtag einen Grundsatzantrag des Abgeordneten Alberto Pasquali von der „Forza Italia" ab. In dem Antrag war die Einbindung Südtirols in die Republik Italien als definitiv und unwiderruflich bezeichnet worden.

Landeshauptmann Luis Durnwalder erklärte dazu in der Debatte, dass man **auf das Selbstbestimmungsrecht nie verzichtet** habe, denn es bleibe ***„ein Grundrecht eines jeden Volkes". Mit dem anschließenden Beschluss sprach sich der Südtiroler Landtag gegen einen definitiven Verbleib Südtirols bei Italien aus.***

2008: Landeshauptmann Durnwalder – Selbstbestimmung, wenn Autonomieaushöhlung

Am, 13. August 2008 brachte „Südtirol Online“ (Dolomiten“) einen Bericht, in dem es hieß:

„Eine deutliche Warnung richtete der Landeshauptmann an all jene, ‚die unsere besondere Autonomie, die von mehreren Staatspräsidenten als solche anerkannt worden ist, beschneiden oder aushöhlen wollen. ***… Jenen, die uns auf das Niveau der Regionen mit Normalstatut bringen möchten, sage ich: Wir lassen nicht mit uns spaßen. Wenn das passiert, werden wir die Selbstbestimmung verlangen‘****, unterstrich Durnwalder.“*

2009: SVP-Politiker Richard Theiner – Das Ziel der Selbstbestimmung nicht aus den Augen verlieren

Am 25. März 2009 brachte „Südtirol Online“ („Dolomiten“) folgendes Interview mit dem SVP-Obmann-Kandidaten und späteren **SVP-Obmann Richard Theiner**. Dieser erklärte zur Frage der Selbstbestimmung, ***„dass die SVP dieses wichtige Thema angehen muss und es nicht anderen Parteien überlassen kann. … Die Selbstbestimmung ist ein Ziel, welches nur erreicht werden kann, wenn sich Deutsche, Italiener und Ladiner gemeinsam dafür einsetzen und zusammen an einem Strang ziehen. … Wir brauchen uns … nicht auf dem bisher Erreichtem, der Autonomie, wie wir sie zurzeit haben, ausruhen. Ich sehe es als eine der wichtigsten Aufgaben der Volkspartei, alles für die Stärkung und den Ausbau der Autonomie zu tun und dabei das Ziel der Selbstbestimmung nicht aus den Augen zu verlieren.*** „

2009: SVP-Obmann Theiner – So viel wie möglich an Selbstbestimmung erlangen

Am 16. April 2009 erklärte der neue **SVP-Obmann Richard Theiner** gegenüber „Südtirol Online“ („Dolomiten“):

„Es wäre töricht, die Autonomie in Frage zu stellen. Trotzdem: Die Autonomie muss nicht Endstation sein. Das heißt: wir können und sollten die Autonomie weiterentwickeln. Unser Ziel sollte es dabei immer sein, ***soviel wie möglich an Selbstbestimmung und Selbstverantwortung*** *zu erlangen.“*

2016: SVP-Parteistatut – Unverzichtbarkeit des Selbstbestimmungsrechtes

Südtiroler Volkspartei

Landesleitung | Brennerstraße 7/A 39100 Bozen | Tel.: 0471 30 40 00 Fax: 0471 98 14 73 | info@svp.eu www.svp.eu

SVP-PARTEISTATUT

Die Südtiroler Volkspartei schützt die ethnischen Minderheiten sowohl auf innerstaatlicher als auch auf internationaler Ebene, und strebt den kontinuierlichen Ausbau der Autonomie Südtirols an und bekräftigt die Unverzichtbarkeit des Selbstbestimmungsrechtes der Südtiroler.

2020: Chefredakteur Dr. Toni Ebner – Bei Drangsalierung Mehrheit für Rückkehr nach Österreich

Dr. Toni Ebner, Chefredakteur der Tageszeitung „Dolomiten“, erklärte am 10. Oktober 2020 in der ORF-Dokumentarsendung „100 Jahre Südtirol – Zerrissen zwischen den Mächten“ von Brigit Mosser-Schuöcker:

„Die klassische Frage ‚Selbstbestimmung für Südtirol – wollt ihr zurück zu Österreich‘, hängt von den Umständen ab. Wenn die Umstände so sind, dass die italienische Regierung die Südtiroler drangsaliert, das hat es ja immer wieder gegeben, und Probleme schafft, dann glaube ich, dass ***eine Mehrheit in Südtirol für eine Rückkehr nach Österreich zustande kommt.“***